

1 Mit Machen

2 **Demokratie wächst von unten. Und Demokratie lebt vom Mitmachen. Das gilt beson-**
3 **ders für die Politik vor Ort: In den Städten, Gemeinden und Landkreisen wird Politik**
4 **für die Bürgerinnen und Bürger konkret erlebbar. Deshalb wollen wir in den Kommu-**
5 **nen Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit den dort lebenden Menschen**
6 **grüne Antworten auf die Fragen vor Ort geben.**

7

8 **Wir haben viel bewegt!**

9 **Grüne Themen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen:**

- 10 • Klimawandel und Energieverteuerung sind nicht mehr nur eine vage und ferne Bedrohung,
11 sondern mit allen sozialen Auswirkungen lokal wichtige Themen.
- 12 • Dies gilt auch für die Kinderbetreuung: Während berufstätige Mütter früher gegen das
13 Image der Rabenmutter zu kämpfen hatten, ist die Frage der Vereinbarkeit von Familie
14 und Beruf inzwischen zu einem weithin anerkannten gesellschaftlichen Ziel geworden.
- 15 • Es beginnt sich auch mehr und mehr die Sichtweise durchzusetzen, dass Frauen und
16 Männer zwar nicht gleich sind – aber Anspruch auf dieselben Chancen haben.
- 17 • Und dass unser Land längst ein Einwanderungsland ist und deshalb eine aktive Integrati-
18 onspolitik braucht, hat sich auch in Kreisen herum gesprochen, die das noch bis vor kur-
19 zem immer abgestritten haben.

20 **Zu diesem gesellschaftlichen Wandel haben wir viel beigetragen.**

21 Grüne Politik in unseren Kommunen war und ist nicht immer bequem. Nicht für diejenigen,
22 die sich Streitbar einmischen, und nicht für diejenigen, die am liebsten alles so weitermachen
23 würden, wie es sich eingespielt hat. Aktiv, konstruktiv, fantasievoll und kritisch mischen sich
24 grüne und grün-alternative PolitikerInnen in ihren Städten, Gemeinden und Landkreisen ein.

25 Längst sind aus den ehemaligen EinzelkämpferInnen größere und große Fraktionen gewor-
26 den. Eine ganze Reihe grüner (Ober)-Bürgermeister und DezernentInnen tragen grüne Poli-
27 tik in die Rathausspitzen. Glaubwürdig und engagiert sind wir nach wie vor unserem Leit-
28 spruch: „Global denken – lokal handeln“ verpflichtet. Die Anerkennung dafür haben wir bei
29 den letzten Kommunalwahlen erfahren, aus denen wir deutlich gestärkt mit mehr als 1200
30 Mandaten im ganzen Land hervorgegangen sind.

31

32 **Wir haben noch mehr vor!**

33 **Unsere Städte, Gemeinden und Kreise haben aktuell auch bei uns in Baden-**
34 **Württemberg wichtige, noch ungelöste Aufgaben zu bewältigen:**

- 35 • Eine wachsende Zahl von Menschen wird durch Armut an den Rand unserer Gesellschaft
36 gedrängt.
- 37 • Im bisherigen viergliedrigen Schulsystem verlieren sich immer mehr Kinder und Jugendli-
38 che und verlassen es letztendlich ohne oder mit schlechtem Abschluss.
- 39 • Sie wachsen in eine Bevölkerung hinein, die immer älter wird und auf diese Situation noch
40 nicht genügend vorbereitet ist.
- 41 • Unsere Innenstädte und Dorfkerne stehen in harter Konkurrenz zu großflächigen Ein-
42 kaufszentren auf der grünen Wiese.
- 43 • Flächenfraß und Artenschwund in Baden-Württemberg konnten nicht gestoppt werden.
- 44 • Lärm und Luftverschmutzung nehmen vielerorts immer noch zu.

- 1 • Die Energieversorgung und unser täglicher Energieverbrauch sind noch nicht an eine Zu-
2 kunft angepasst, die ohne Öl, Kohle und Atomkraft auskommen muss. Die Kommunen sind
3 erst am Anfang des Weges ins Zeitalter der regenerativen Energien.

4

5 **Demokratie wächst von unten**

6 Die Probleme und Herausforderungen können wir nur gemeinsam bewältigen. Wenn alle
7 Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, wenn Gemeindevorstand,
8 Kreistag, Verwaltung und Bürgerschaft miteinander im Dialog stehen, wird kommunale
9 Politik die jeweils beste Lösung finden. Wir stehen deshalb für öffentliche Debatten und
10 transparente Entscheidungen ein.

11 Deshalb wollen wir in den Städten, Gemeinden und Landkreisen eine neue Planungskultur
12 entwickeln. Es wird dabei eine wichtige Aufgabe sein, die Bürgerinnen und Bürger zeitnah
13 und umfassend zu informieren, sie in Planungen einzubeziehen und an den Entscheidungen
14 zu beteiligen. Dazu gehört beispielsweise auch die Einrichtung von Jugendgemeinderäten
15 und Migrationsbeiräten.

16 Die Hälfte der Macht für Frauen, diese Maxime setzen wir mit quotierten Listen für die Kom-
17 munalwahl um. Gerade weil Kommunalpolitik den Alltag entscheidend prägt, können wir
18 nicht auf die Sichtweise und die Erfahrungen der Frauen verzichten

19

20 **1. Lebenswerte Orte für alle**

21 **Klima schützen, Flächenverbrauch stoppen, Naherholung erhalten**

22 Grüne Stadtplanung orientiert sich an ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen. Die
23 großzügige Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten vor allem im Außenbereich unse-
24 rer Städte und Gemeinden können wir uns nicht mehr leisten! Durch den ungebremsten Flä-
25 chenverbrauch gehen wertvolle natürliche Lebensräume mit standorttypischer Tier- und
26 Pflanzenwelt verloren. Naherholungsmöglichkeiten werden eingeschränkt, und der regiona-
27 len Landwirtschaft wird buchstäblich der Boden entzogen. Die Kommune als Lebensraum
28 zukunftsorientiert zu gestalten, bedeutet für uns Grüne: gewachsene Strukturen erhalten,
29 innerstädtische Brachflächen nutzen und den Landschaftsverbrauch reduzieren.

30 Zu einer hohen Lebensqualität gehören gute Möglichkeiten, sich in der nahen Umgebung zu
31 erholen. Dabei haben innerörtliche Grünzonen eine weitere unverzichtbare Funktion: Sie tra-
32 gen wesentlich zum gesunden Stadtklima bei.

33 Ein Mindestmaß an Lärmfreiheit ist für Lebensqualität und Gesundheit ebenfalls unverzicht-
34 bar. Wo Menschen starkem Umgebungslärm ausgesetzt sind, muss die Gemeinde aktiv
35 werden und zum Beispiel den Auto- und LKW-Verkehr verlangsamen und verringern.

36 Um Umwelt, Klima und den Geldbeutel zu schonen, ist es unser Ziel, eine umweltfreundliche
37 Energieversorgung in allen neuen Baugebieten vorzusehen, die energetische Sanierung von
38 Altbauten und das solare Bauen voranzubringen.

39

40 **Gute Wohnmöglichkeiten für jeden Geldbeutel**

41 Mit Hilfe der Bauleitplanung und mit Hilfe kommunaler Wohnungsunternehmen muss die
42 Gemeinde dazu beitragen, dass geeigneter Wohnraum für jeden Geldbeutel, für jede Alters-
43 gruppe und für jede Form des Zusammen- oder des Alleinlebens zur Verfügung steht. Neben
44 seniorengerechten Wohnungen müssen auch familiengerechte, größere Wohnungen auf
45 dem Markt bereit stehen. In Studentenstädten sind die besonderen Bedürfnisse der Studie-
46 renden zu berücksichtigen.

47 Für Gruppen, die auf dem Wohnungsmarkt nur schwer eine Wohnung finden, können haupt-
48 amtlich oder auch ehrenamtlich tätige Wohnungslotsen wichtige Hilfestellung geben, um bei

1 der Wohnungssuche und der anschließenden Integration in die nachbarschaftliche Gemein-
2 schaft zu unterstützen.

3

4 **Lebenswerte Quartiere:**

5 **Begegnungsmöglichkeiten schaffen, bürgerschaftliche Aktivitäten stärken**

6 Möglichkeiten der Begegnung für alte und junge Menschen mit oder ohne deutschen Pass,
7 mit oder ohne Behinderungen sind die Voraussetzungen dafür, dass sich Menschen in unse-
8 ren Städten und Gemeinden wohl fühlen. Attraktive innerörtliche Wege und Plätze machen
9 Stadt- und Ortsteile lebendig. Allerdings nur, wenn auch Läden, Gewerbebetriebe, Büros,
10 Kneipen, öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungsangebote vorhanden sind. Schulen,
11 Kindertagesstätten, Spielplätze, Jugendtreffs und ein ausreichendes Angebot an Sportstät-
12 ten machen die Quartiere auch für Familien attraktiv. Eine funktionierende Nahversorgung
13 bietet älteren Menschen die Möglichkeit, in ihrem vertrauten Gebiet wohnen zu bleiben und
14 wirkt so der Isolation entgegen. Wir unterstützen Initiativen, die den teilweise verloren ge-
15 gangenen Kontakt zwischen den Generationen wieder ermöglichen. Dazu gehören zum Bei-
16 spiel Projekte zur Nachbarschaftshilfe auf ehrenamtlicher Basis wie die Kinderbetreuung
17 durch „Leih-Großeltern“ oder die Unterstützung von älteren Menschen bei ihren täglichen
18 Besorgungen.

19 Ein Ort für alle heißt für uns Grüne auch ein Ort mit allen Menschen – egal ob sie von hier
20 sind oder von woanders kommen, egal ob sie alt oder jung sind und auch ungeachtet der
21 Tatsache, ob sie ihr Leben mit oder ohne Behinderung meistern. Ein vielfältiges Vereinsle-
22 ben trägt entscheidend zur Lebensqualität und zur Integration der verschiedenen gesell-
23 schaftlichen Gruppen bei. Darum wollen wir Kultur schaffende Vereine und Initiativgruppen,
24 Selbsthilfegruppen, Sportvereine, Weiterbildungseinrichtungen sowie offene, neue Formen
25 der Begegnung unterstützen. Hier muss sich die Gemeinde finanziell engagieren und ehren-
26 amtliche Arbeit gezielt fördern.

27

28 **Mobilität für alle ohne schädliche Nebenwirkungen**

29 Wir sind eine mobile Gesellschaft und ständig unterwegs, das ist Fakt.
30 Diese Mobilität darf jedoch nicht zu Lasten der Ortschaften und der dort lebenden Menschen
31 gehen. Damit der öffentliche Raum nicht durch Lärm, Abgase, Parkierungsflächen und Un-
32 fallgefahren gekennzeichnet ist, wollen wir attraktive Möglichkeiten für Menschen, die mit
33 Bussen und Bahnen, mit dem Fahrrad oder zu Fuß, mit dem Kinderwagen oder dem Roll-
34 stuhl unterwegs sind, weiter schaffen und ausbauen.

35 Bahnen und Busse sollen zu einer vollwertigen Alternative zum privaten Auto werden. Viele
36 Städte und Landkreise haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass durch offensive
37 Konzepte die Zahl der Fahrgäste des öffentlichen Verkehrs auch abseits der Großstädte
38 massiv gesteigert werden kann. Mit einem Konzept für Anrufsammeltaxis können Nahver-
39 kehrsangebote sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum und auch in Zeiten schw-
40 cher Nachfrage gesichert werden. So kann der ÖPNV im ganzen Land zu einer echten Alter-
41 native werden. Mehr Wettbewerb unter den Anbietern führt zudem zu einem Aufbrechen ver-
42 krusteter Strukturen. Wichtig ist uns, dass mehr Mittel für einen flächendeckenden Bahn- und
43 Busverkehr zur Verfügung gestellt werden, statt sie auf wenige Großprojekte wie Stuttgart 21
44 zu konzentrieren. Für die Finanzierung eines deutlich ausgebauten örtlichen Nahverkehrs
45 müssen die Kommunen außerdem die rechtlichen Möglichkeiten zur Erhebung einer Nah-
46 verkehrsabgabe oder einer Citymaut erhalten.

47 CarSharing ist die ideale Ergänzung zum öffentlichen Verkehr, die von den Kommunen ge-
48 fördert werden sollte.

49 Die Verkehrsberuhigungskonzepte der vergangenen Jahrzehnte wollen wir weiterentwickeln.
50 RadfahrerInnen und FußgängerInnen müssen mehr Raum bekommen. Innovative Ansätze

1 wie verkehrsberuhigte Mischverkehrsflächen auch auf stärker belasteten Straßen (Shared
2 Space) wollen wir unterstützen.
3 Bei der Förderung des Radverkehrs durch Radwege und Radrouten oder Fahrradstationen
4 an den Schnittstellen mit der Bahn gibt es im ganzen Land noch erheblichen Nachholbedarf.
5

6 **2. Ausgrenzung verhindern - Teilhabe ermöglichen**

7 **Bürgerschaftliches Engagement stärken – soziale Netze knüpfen**

8 Ob bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Behinderung, in Lebenskrisen, in finanziellen Notlagen
9 oder im Alter: soziale Unterstützung muss so dezentral wie möglich angeboten werden. Und
10 sie muss so weit wie möglich zusammen mit den Betroffenen entwickelt werden. Es gilt, An-
11 gebote zu schaffen, bei denen jede und jeder Einzelne möglichst maßgeschneiderte Hilfen
12 erhält.

13 Frauen mit Gewalterfahrungen brauchen Beratungsangebote und sichere Räume.

14 Menschen mit Behinderungen und alten Menschen soll durch gut ausgebaute ambulante
15 Netze eine selbst bestimmte Lebensgestaltung ermöglicht werden. Barrierefreiheit bedeutet
16 für uns weit mehr als abgesenkte Randsteine und Zugänge ohne Stufen. Teilhabe beinhaltet
17 auch, dass es Unterstützung für individuelle Wohnmöglichkeiten, bei der Nahversorgung, bei
18 der Mobilität mit Bussen und Bahnen und bei der Nutzung kultureller Angebote gibt.

19 Tragfähige soziale Netze kommen nicht ohne die Beteiligung und Einbindung ehrenamtlich
20 aktiver Menschen aus. Diese Initiativen, Selbsthilfegruppen, sozialen Vereine und Gruppen
21 sind auf eine verlässliche kommunale Förderung angewiesen, die die Landkreise und Ge-
22 meinden mit ihnen vereinbaren.

23

24 **Armut bekämpfen – Jugendlichen eine Chance bieten**

25 Die Zahl derer, die mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens leben, ist in den
26 vergangenen Jahren gestiegen. Dramatisch zugenommen hat die Zahl der armen Kinder.
27 Durch gezielte Preisnachlässe bei kommunalen Einrichtungen (Bonus-Card, Familien-Card)
28 können Landkreise und Gemeinden viel dazu beitragen, dass Armut nicht zwangsläufig be-
29 deutet, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Für diejenigen, die Arbeitslosen-
30 geld II erhalten, müssen die Job-Center zielführende Unterstützungsangebote entwickeln,
31 statt sie zur Teilnahme an Einheitsseminaren zu verpflichten, die an den individuellen Prob-
32 lemlagen vorbei gehen.

33 Nicht allen Jugendlichen gelingt der Einstieg in die Berufswelt. Bessere Bildungschancen
34 von Anfang an sind der wichtigste Schlüssel zur Lösung dieses Problems. Darüber hinaus
35 können auch hier ehrenamtliche Patenschaften beim Einstieg ins Berufsleben tragfähige
36 Brücken in die Gesellschaft bauen. Dort wo sich Jugendliche in ihre eigene Parallelwelt zu-
37 rückziehen und durch übermäßigen Alkoholkonsum, Gewalttätigkeiten und Vandalismus im
38 öffentlichen Raum auffallen, kann eine Kombination aus Ordnungsrecht und Sozialarbeit
39 gleichzeitig Grenzen zeigen, Türen öffnen und zusammen mit den Jugendlichen nach ande-
40 ren Wegen für gemeinsame Aktivitäten suchen. Junge Menschen benötigen Freiräume und
41 die echte Übertragung von Verantwortung. Ernst gemeinte und gelebte Partizipation ist das
42 grüne Credo im Alltag mit Jugendlichen.

43

44 **3. Gute Bildungschancen – vielfältige Kultur**

45 In zentralen Fragen der Bildungspolitik ist das Land zuständig, dennoch kann auch die kom-
46 munale Ebene viel dazu beitragen, dass wir dem Ziel näher kommen, jedes Kind entspre-
47 chend seiner Begabungen zu fördern und lebenslanges Lernen zu ermöglichen.
48

1 **Auf den Anfang kommt es an**

2 Bildung von Anfang an ist für die Entwicklung von Kindern und die Chancen junger Men-
3 schen ausgesprochen wichtig. Wir fordern daher hochwertige, flexible Betreuungsangebote
4 für Kinder. Gemeinsam mit anderen lernen sie den sozialen Umgang miteinander, können
5 ihre Sprachkenntnisse verbessern und ihre Umwelt entdecken. Sprachkurse im Kindergarten
6 tragen dazu bei, dass Chancengleichheit verwirklicht werden kann und sich ein gegenseiti-
7 ges Verständnis entwickelt.

8 Kinder brauchen ausreichende Spielflächen und Spielgeräte. Denn körperliche Bewegung,
9 Klettern und Toben machen nicht nur fit, sondern auch klug.

10

11 **Kein Kind darf auf der Strecke bleiben**

12 In der Schule der Zukunft stehen längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förde-
13 rung jedes Kindes entsprechend der persönlichen Stärken und Schwächen ganz oben auf
14 der Agenda. Solange aber das Land dogmatisch an strikt getrennten Schularten festhält, ist
15 es für die örtlichen Schulträger nur sehr schwer möglich, das längere gemeinsame Lernen zu
16 verwirklichen. Wenn sich Kommunen mit dieser Situation nicht zufrieden geben, wenn Schu-
17 len, Eltern und KommunalpolitikerInnen vehement die individuelle Förderung ihrer Kinder
18 einfordern und Schulversuche beantragen, bröckelt, wie wir es hier im Land derzeit erleben,
19 das Fundament der derzeitigen Bildungsdogmen.

20 Ein bedarfsorientiertes Ganztagsangebot an den Schulen baut Bildungsnachteile ab und
21 trägt gleichzeitig zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern bei. Mit einer
22 entsprechenden Finanzierung eines warmen Mittagessens muss die Teilnahme aller Kinder
23 ermöglicht werden.

24 Die Kommunen und Landkreise müssen und können einen Beitrag dazu leisten, dass alle
25 jungen Menschen eine Chance zum Einstieg in die Berufswelt bekommen. Schulsozialarbeit,
26 gerade auch an den beruflichen Schulen, und Streetwork können Türen öffnen, Einstiegswe-
27 ge und Grenzen zeigen. Auch weiteres bürgerschaftliches Engagement in Lernpatenschaften
28 und als Job-Coaches können Brücken bauen.

29 Das selbstverständliche Zusammensein von Kindern mit und ohne Behinderung darf sich
30 nicht auf das Vorschulalter beschränken. Gemeinsames Lernen auch in der Schule ist bei
31 entsprechender Ausstattung der Schule für beide Gruppen eine wertvolle Bereicherung und
32 macht unser Zusammenleben menschlicher.

33

34 **Lebenslanges Lernen**

35 Der rasche Wandel in der Arbeitswelt und die vielen ungelösten gesellschaftlichen Probleme
36 machen es unumgänglich, Lernen und Weiterbildung auch nach der Ausbildungszeit fortzu-
37 setzen. Ein hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau in den Kommunen und im Kreis sichert
38 Arbeitsplätze und kann viel dazu beitragen, optimale Voraussetzungen für lebenslanges Ler-
39 nen zu schaffen. Gut ausgestattete Büchereien, kommunal geförderte Volkshochschulen
40 oder andere Bildungsträger mit einem breiten Bildungsangebot für alle Bevölkerungsgruppen
41 bieten die Voraussetzung dafür, dass wir unsere Fähigkeiten bis ins hohe Alter ausbauen
42 und wach halten.

43

44 **Kreative Kommune**

45 Ein breit gefächertes kulturelles Angebot ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Lebens vor
46 Ort. Deshalb ist es eine zentrale kommunale Aufgabe, Theater, Museen, Musikschulen und
47 andere kulturelle Initiativen und Einrichtungen finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus ist
48 es wichtig, dass die Städte und Landkreise vielfältige Kooperationen innerhalb der Kultur-
49 szene und zwischen Kulturschaffenden, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und Vereinen er-
50 möglichen und stärken.

1 Kreativität und Wissen sind entscheidende Faktoren für die Weiterentwicklung unserer Ge-
2 sellschaft. Es wird immer wichtiger, Kreativität bei allen Menschen von klein an bis ins hohe
3 Alter zu unterstützen. Dabei sind tolerante und weltoffene Orte ein guter Nährboden. Denn
4 kreative Köpfe zieht es besonders an Orte, wo sie weltoffene Lebensbedingungen vorfinden,
5 wo es eine lebenswerte Umwelt gibt und wo sich die verschiedenen Kulturszenen kreativ mi-
6 schen. Die gesamten Kulturbranchen mit Literatur, Film, Musik, Architektur, Theater, Bilden-
7 de Kunst, Tanz und den Kreativsektoren wie Werbung und Design stellen auch einen wichti-
8 gen lokalen Wirtschaftsfaktor dar.

9 Lokale Kultur muss auch den Landschafts- und Denkmalschutz als kulturelle Aufgabe be-
10 trachten. Schutz und Pflege von typischen Formen der über Jahrtausende gewachsenen
11 Kulturlandschaft und die Beschäftigung mit der lokalen Geschichte fördern die besondere
12 Identität und Ausstrahlung jedes Ortes.

13 Die Kultur der Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kamen, erweitert und bereichert
14 das örtliche Kulturangebot.

15

16 **4. Zukunftsfähiges Wirtschaften**

17 **Klimaschutz ist auch Wirtschaftsmotor**

18 Die aktuellen Klimaprognosen sind erschreckend, und sie bestätigen unsere Forderungen
19 nach einer grundsätzlichen Wende in Erzeugung und Verbrauch von Energie. Kommunen
20 können Entscheidendes zum Klimaschutzziel der UN beitragen, die weltweite Erwärmung
21 auf zwei Grad zu begrenzen. Dies gilt nicht nur für eine nachhaltige Energieerzeugung und
22 für einen vorbildlich sparsamen Umgang mit Energie durch die öffentliche Hand. Wir wollen,
23 dass kommunale Verwaltungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den Klima-
24 schutz voranbringen, zum Beispiel mit Beratungsangeboten bei der Sanierung von Wohnge-
25 bäuden oder Spritsparkursen. Denn jede und jeder kann das Klima schützen.

26 Der Einsatz von effizienter Energietechnik und der massive Ausbau der erneuerbaren Ener-
27 gien schonen nicht nur das Klima, sondern sie sorgen auch dafür, dass Handwerk und Mit-
28 telstand vom Strukturwandel profitieren. Das Geld fließt in regionale Produkte und Dienstlei-
29 stungen statt in den Import von Kohle, Öl und Uran. Biogasanlagen, Holzhackschnitzelhei-
30 zungen, lokale Nahwärmenetze, Solaranlagen, Wärmedämmung und Stromspartechnologien
31 stärken Handwerk und Mittelstand in der Region. Die kommunalen Gebäude sollen beispiel-
32 haft energetisch saniert werden. Dies schont die Umwelt und spart den Kommunen langfristig
33 sehr viel Geld. Die kommunalen Stadtwerke sind nicht nur ein örtlicher Wirtschaftsfaktor,
34 sondern auch ein wichtiger Partner beim Ausbau der dezentralen, regenerativen Energie-
35 versorgung.

36

37 **Wirtschaftsförderung: gemeindeübergreifend, regional, flächenschonend**

38 Die kommunale Wirtschaftsförderung muss weit mehr als bisher gemeindeübergreifend und
39 regional handeln. Gerade im ländlichen Raum verhindert dies den ruinösen Wettbewerb mit
40 billigen Gewerbeflächen. Stattdessen kann durch eine abgestimmte Wirtschaftspolitik eine
41 Region als gemeinsamer Raum wahrgenommen und gefördert werden – was im Übrigen
42 auch noch den Flächenverbrauch reduziert. Außerdem sollten die Städte und Gemeinden
43 einer Region die Kooperation unter den Betrieben unterstützen, um regionale Wirtschafts-
44 kreisläufe zu stärken. In der Kooperation von landwirtschaftlicher Erzeugung mit der Verar-
45 beitung und Vermarktung der Produkte und dem Tourismus steckt ein großes Potenzial für
46 viele Regionen.

47

48 Bestehende Betriebe müssen ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten haben. Dazu muss
49 vor Ort eine kluge Flächenvorratspolitik betrieben werden: Innerstädtische Gewerbebrachen
50 sollen nach Möglichkeit wieder für Gewerbe erschlossen werden.

51 Für die Belange der kleinen und mittleren Betriebe setzen wir uns unter sozialen und ökolo-
52 gischen Gesichtspunkten besonders ein. Wir wollen, dass sie in den Rathäusern und Land-
53 ratsämtern guten Service antreffen.

1 Existenzgründungsprogramme, die in Kooperation mit den Wirtschaftsverbänden und der
2 Agentur für Arbeit konzipiert werden, sind ein weiteres wichtiges Instrument lokaler Wirt-
3 schaftsförderung – dabei müssen die Besonderheiten von Frauen als Gründerinnen berück-
4 sichtigt werden.

5

6 **Wohnen, Arbeiten, Einkaufen: Nutzungsmischung in den Quartieren**

7 Durch eine Neuausrichtung der Bauplanung wollen wir uns dafür stark machen, dass auch
8 innerörtlich Wirtschaftsbetriebe Platz finden und Arbeitsplätze angeboten werden. Statt noch
9 mehr Flächen im Außenbereich riesigen Einkaufszentren zu opfern, wollen wir in unseren
10 Ortskernen und in den Stadtteilen die Alltagsversorgung erhalten und vor allem wieder an-
11 siedeln. Für uns gilt das Prinzip der kurzen Wege sowohl für die Erreichbarkeit des nächsten
12 Supermarkts oder der nächsten Arztpraxis als auch für den Transport von Waren und Dienst-
13 leistungen. Attraktive Orts- und Stadtzentren sind der Schlüssel dafür, dass sich die Bürge-
14 rinnen und Bürger dort gerne aufhalten und der Handel sowie die Dienstleistungen in den
15 Innenstädten gestärkt werden.

16

17 **Kommunale Arbeitgeber: geschlechtergerecht und sozial**

18 Der öffentliche Dienst bietet eine Vielzahl an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Verwaltungen
19 müssen es sich zur selbstverständlichen Aufgabe machen, Frauen und Männern die glei-
20 chen Berufschancen zu bieten und bestehende Einstellungs- und Aufstiegshindernisse zu
21 beseitigen. Denn Frauen sind in Führungspositionen immer noch extrem unterrepräsentiert.
22 Wir kämpfen für flexible Arbeitszeiten in der Verwaltung und den städtischen Betrieben und
23 für die Tarifbindung kommunaler Tochtergesellschaften. Die Kommune muss auch Men-
24 schen mit Behinderungen Arbeitsmöglichkeiten bieten. Um die interkulturelle Ausrichtung der
25 kommunalen Verwaltung zu stärken, wird die Einstellung und gezielte Weiterbildung von
26 Menschen mit Migrationshintergrund besonders gefördert.

27

28 **Kommunale Daseinsvorsorge: Gemeinwohlorientiert**

29 Die Kommunen stellen für ihre Einwohnerinnen und Einwohner zentrale öffentliche Leistun-
30 gen zur Verfügung: Energie- und Wasserversorgung, Müllentsorgung und Abwasserklärung,
31 Feuerwehr, Friedhöfe, öffentlicher Personennahverkehr, Krankenhäuser, Altenheime, Hospi-
32 ze, öffentliche Parks und Plätze. Wir setzen uns dafür ein, dass die zentralen Aufgaben der
33 Daseinsvorsorge in kommunaler Hand bleiben und nicht an Private verkauft werden. Die
34 Orientierung am Gemeinwohl, demokratische Kontrolle und Transparenz bei Entscheidungen
35 in diesen wichtigen Aufgabenfeldern ist ein hohes Gut und heute wichtiger denn je. Das Ver-
36 trauen in die Politik und in die Demokratie hängt davon ab, dass die Versorgung mit lebens-
37 notwendigen Gütern und Dienstleistungen für alle jederzeit zugänglich bleibt.

38

39 **Die Kommune als Kundin: Gentechnikfrei, ökologisch, fair, regional**

40 Jede Gemeinde hat einen großen Bedarf an Materialien und Produkten: in den Büros, in
41 Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altenheimen, Jugendhäusern etc. Sie ist damit ein
42 beträchtlicher Wirtschaftsfaktor und muss bei ihrer Beschaffung mit gutem Beispiel voran
43 gehen: Umweltfreundliche Produkte und Waren aus der Region haben bei der kommunalen
44 Beschaffung Vorrang, während der Verzicht auf Produkte, die in Kinderarbeit hergestellt
45 werden, selbstverständlich werden muss. Das Vergaberecht bietet ausreichend Möglichkei-
46 ten, die Aufträge so auszuschreiben, dass ökologische und soziale Kriterien beachtet wer-
47 den. Bei Anschaffungen, die in kleinen Mengen getätigt werden und deshalb nicht unter die
48 Vergabeordnung fallen, muss die Verwaltung regionale Anbieter nach Möglichkeit bevorzu-
49 gen.

50

1 **5. Europapolitik ist auch Kommunalpolitik**

2 Gleichzeitig mit den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg finden Europawahlen statt.
3 Der Einfluss der Europäischen Union auf unsere Städte, Gemeinden und Landkreise ist groß
4 – Europapolitik ist zunehmend auch Kommunalpolitik: Die Kommunen sind von vielen EU-
5 Regelungen direkt oder indirekt betroffen. So bestimmt Europa, ab welcher Investitionssum-
6 me und nach welchen Kriterien Aufträge der öffentlichen Hand europaweit ausgeschrieben
7 werden müssen. Oder welche finanziellen Unterstützungen zur Erfüllung kommunaler Auf-
8 gaben überhaupt erlaubt sind.

9 Europa hat in den Kommunen viel bewegt: Die Feinstaubrichtlinie hat dafür gesorgt, dass die
10 Kommunen Maßnahmen zur Luftreinhaltung ergreifen müssen, die Lärmschutzrichtlinie hat
11 dazu geführt, dass die Kommunen in Ballungsräumen Lärmaktionspläne erstellen Da alle
12 EU-Förderprogramme die Verpflichtung zur aktiven Gleichstellungspolitik von Männern und
13 Frauen enthalten, fördert Europa auch die Politik der Geschlechtergerechtigkeit.

14 Gleichzeitig wächst der Druck auf die Städte und Kommunen im Bereich der Daseinsvorsor-
15 ge. Aufgrund von Brüsseler Bestimmungen können die Städte, Gemeinden und Kreise Leis-
16 tungen der Daseinsvorsorge wie Wasser- und Abwasserversorgung, den Unterhalt von
17 Krankenhäusern oder die Müllabfuhr nicht mehr so einfach anbieten wie noch vor 10 Jahren.
18 Der Kampf für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge ist noch nicht ausgestanden.

19 Das zeigt: Wir brauchen nicht nur starke GRÜNE in den Kommunen, wir brauchen auch
20 starke GRÜNE in Europa.

21

22

23 **Kommunal- und Europawahlen 2009**

24

25 **Wir wollen die Zukunft zusammen mit der Bevölkerung aktiv gestalten. Wir wollen**
26 **lebenswerte Orte für alle Menschen in Baden-Württemberg. Wir werden bei unse-**
27 **rer Politik stets die Interessen der künftigen Generationen und die Umwelt beach-**
28 **ten.**

29 **Nachhaltig, sozial, demokratisch und gerecht – diese Kriterien müssen unsere po-**
30 **litischen Konzepte erfüllen; daran messen wir gute Politik.**

31

32 **Mitmachen – hier natürlich -**

33 **und am 7. Juni 2009 grün wählen.**